

## Statement

Seite 1/4

**Marija Kolak,**  
Präsidentin des  
Bundesverbandes der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken (BVR)

**Jahrespressekonferenz  
7. März 2023**

**Bundesverband der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken • BVR**

**Melanie Schmergal**  
Abteilungsleiterin  
Kommunikation und  
Öffentlichkeitsarbeit  
Pressesprecherin

**Cornelia Schulz**  
Pressesprecherin

**Steffen Steudel**  
Pressesprecher

Schellingstraße 4  
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

**presse@bvr.de**  
**www.bvr.de**  
twitter.com/BVRPresse  
facebook.com/BVRBerlin  
linkedin.com/company/bvrberlin/

## Statement

Seite 2/4

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich, Sie alle – hier in Frankfurt im Gebäude der DZ BANK und im Livestream – zur Jahrespressekonferenz der deutschen Genossenschaftsbanken begrüßen zu dürfen. Wir blicken auf ein ereignisreiches Jahr 2022 zurück und auf ein **Geschäftsjahr**, in dem die 737 Genossenschaftsbanken ihre Kraft im operativen Geschäft erneut unter Beweis gestellt haben. Das operative Ergebnis wuchs um 12,5 Prozent auf 8,1 Milliarden Euro. Der Zinsüberschuss legte um 8,2 Prozent auf 17,7 Milliarden Euro zu, der Provisionsüberschuss um 2,1 Prozent auf 6,3 Milliarden Euro. Mit Blick auf das Zinsniveau zum Jahresende war uns allerdings auch klar, dass dieses Geschäftsjahr kein gewöhnliches werden wird. Man könnte auch sagen: ein Jahr unter realen Stresstestbedingungen. Höhere Zinsniveaus sind für die Ertragslage von Banken grundsätzlich gut. Abrupt steigende Zinsen führen jedoch zu temporären Marktwertverlusten bei Wertpapieranlagen, die es zu verkraften gilt. Die im letzten Jahrzehnt regelmäßig erwirtschafteten hohen Erträge und die daraus gebildeten Kapitalrücklagen verschaffen uns das notwendige Polster, um diese Belastungen im Übergang zu den nachfolgenden Wertaufholungen abzufedern.

Meine Damen und Herren, der seit über einem Jahr andauernde Krieg in der Ukraine und das damit verbundene menschliche Leid macht uns weiterhin betroffen. Die nachgelagerten, erheblichen wirtschaftlichen Verwerfungen sind in Europa, auch in Deutschland, noch heute zu spüren. Auch wenn die Energiepreise vermutlich ihre Höchststände nicht wieder erreichen werden, bleibt die Inflation hartnäckig. Zarte Zeichen des Frühlingserwachens schickt trotz aller geopolitischen Verwerfungen die **Konjunktur**. Unterm Strich bleibt der noch im vergangenen Jahr befürchtete Wirtschaftseinbruch in Deutschland aus. Im Jahresdurchschnitt 2023 rechne ich mit einem nur geringfügigen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,1 Prozent, was vor allem den schwachen Jahresstart widerspiegelt. Im kommenden Jahr könnte Deutschland wieder um 1,5 Prozent wachsen. Bis die Inflation sich normalisiert, wird es wohl länger dauern. Der Höhepunkt des Preisauftriebs dürfte zwar überwunden sein. Allerdings hat sich der Inflationsimpuls von den Energie- und Nahrungsmittelpreisen auf den Großteil des Verbraucherpreisindex ausgeweitet und ist nicht nur in den unteren, sondern auch in den mittleren Einkommensschichten deutlich zu spüren. Außerdem sehen wir derzeit eine Dynamik in den Lohnforderungen, die zu einer weiteren Verfestigung der Inflation beitragen kann. Es ist auch Aufgabe der Tarifparteien, die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Tarifabschlüssen im Blick zu behalten. Die Geldpolitik müsste die Zinsen sonst noch stärker erhöhen.

Die **Europäische Zentralbank** befindet sich auf einem bemerkenswerten Straffungskurs. In der kommenden Woche ist eine weitere Erhöhung des Hauptrefinanzierungssatzes auf 3,5 Prozent praktisch gesetzt, eine Zinshöhe, die über einige Jahre hinweg als kaum vorstellbar erschien. Die gestiegenen Zinsen zeigen bereits deutlich Wirkung. Besonders markant sehen wir dies im Kreditgeschäft bei der zuletzt deutlich zurückgegangenen Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen, auch bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken. Wie kann Deutschland nun wieder zu einem nachhaltigen Wachstumspfad zurückfinden? Eine zentrale Aufgabe der **Wirtschaftspolitik** muss es jetzt sein, die Investitionstätigkeit des privaten Sektors zu stärken. Massive Investitionen sind für die Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität unverzichtbar. Sie sind aber auch nötig, um beispielsweise das Wohnungsangebot gerade in den Ballungsräumen zu erhöhen und auch um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern. Deutschland braucht insgesamt mehr Tempo. Kommen muss jetzt die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Super-Abschreibung beziehungsweise steuerliche Prämien für investitionswillige Unternehmen. Die Initiative der Bundesregierung, die Förderung der erneuerbaren Energien neu aufzustellen, kann hier einen wichtigen Impuls für die Energiewende auslösen. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und des Mittelstandes zu stärken, müssen zudem die Energie- und insbesondere die Strompreise wieder, und zwar dauerhaft sinken. Deshalb ist es wichtig, dass die Bundesregierung ihre Anstrengungen verstärkt, das Energieangebot in Deutschland so zu verbessern, dass auch energieintensive Unternehmen auf Dauer am Standort Deutschland bleiben können. Es ist ein Alarmzeichen, meine Damen und Herren, wenn namhafte DAX-Konzerne lieber Investitionen in den USA und China ankündigen, als in Deutschland zu investieren, zumal der Mittelstand diesen Weg meist gar nicht gehen kann. Es drohen damit ganze nationale Produktionsketten, die für den Wirtschaftsstandort Deutschland von großer Bedeutung sind, auseinanderzubrechen. Energieintensive Unternehmen in Deutschland zu halten, kann auch Chancen eröffnen, wenn dort die Transformation zur klimaneutralen Produktion in Angriff genommen wird. Deutschland könnte und sollte hier mit innovativen Technologien vorangehen.

Die Transformation unserer Wirtschaft hin zu mehr **Nachhaltigkeit** ist bekanntermaßen eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Aus vielen Gesprächen, die unsere Banken mit ihren Kunden führen, wissen wir, dass die Notwendigkeit zur Transformation nahezu überall gesehen und geteilt wird. Die Genossenschaftsbanken begleiten die deutsche Wirtschaft und hier insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen, das Handwerk und die Landwirtschaft als Transformationspartner und verlässlicher Kreditgeber bei ihren

Investitionsvorhaben und -erfordernissen. Es ist ein Kraftakt für alle Beteiligten. Doch er lohnt sich. Denn gemeinsam können wir einen spürbaren Beitrag zur Förderung nachhaltiger Lebensgrundlagen in den Regionen und einer klimafreundlichen Wirtschaft leisten.

Um das zu schaffen, benötigen wir stabile Rahmenbedingungen. Politik und Bankenaufsicht müssen also darauf achten, die Wirtschaft und die Kreditvergabefähigkeit der Banken nicht mit ständig steigenden Regulierungskosten oder bürokratischen Hürden zu überfordern.

**Bürokratieabbau ist ein Wachstumsprogramm zum Nulltarif.** Leider nimmt die Regulierungsdichte unvermindert zu, sowohl in Deutschland als auch in Europa. Bei neuen Gesetzesverfahren ist ein Trend zu Eilverfahren zu beobachten mit viel zu kurzen Fristen für das Einbringen von Stellungnahmen. Dabei ist doch eines klar: Verfahren mit ausreichenden Reaktionszeiten erhöhen die Praxistauglichkeit von Gesetzen und stärken auch deren Akzeptanz. Ein Beispiel: Aktuell bereitet nicht nur dem Mittelstand, sondern auch unseren Banken die **EU-Lieferkettenrichtlinie** Sorgen. Das Ziel der Richtlinie, die Einhaltung und Durchsetzung von Nachhaltigkeitszielen und Menschenrechten entlang der Lieferkette sicherzustellen, wird nur erreicht werden, wenn die Richtlinie für Banken und deren mittelständische Kunden handhabbar ist. Banken und mittelständische Unternehmen werden regelmäßig nicht in der Lage sein, globale Lieferketten im Detail zu prüfen. Wird genau das zur Pflicht, verbunden mit erheblicher zivilrechtlicher Haftung, wird der lokale Produzent, egal ob Autoreifen oder Solarzellen, im Ergebnis keine Finanzierung mehr durch seine Bank erhalten können. Das kann nicht gewollt sein. Der Anwendungsbereich der Richtlinie muss daher stringent auf Praxistauglichkeit ausgelegt sein. Eine Bank kann auch nicht mehr prüfen als ihre direkten Kunden. Zumindest für Produkte und Dienstleistungen, die innerhalb der Europäischen Union bezogen werden, sollte zudem eine Konformitätsvermutung gelten.

Meine Damen und Herren, trotz dieser Widrigkeiten sind die Genossenschaftsbanken aufgrund ihrer Anbindung an den Mittelstand und ihrer knapp 18 Millionen Mitglieder prädestiniert, die Rolle des **Transformationsbegleiters** zu übernehmen. Auch im eigenen Geschäftsbetrieb unserer Gruppe setzen wir konsequent auf Nachhaltigkeit. Wir haben bereits zahlreiche Maßnahmen zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und der Vermeidung von Treibhausgas-Emissionen getroffen: Sei es bei der Digitalisierung von Prozessen oder durch die Umsetzung neuer Konzepte für Mobilität und Gebäudewirtschaft. In einem dynamischen Umfeld ist Nachhaltigkeit die Konstante, die uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten begleiten wird. Entsprechend proaktiv und konstruktiv stellen wir uns diesem Thema.